

Abitur 2010

**Vorklausur im Fach  
Sozialwiss./Wirtschaft (GK)**

Köln, den 04.02.2010  
Arbeitszeit: 3 Zeitstunden  
zuzügl. 30 Min. Auswahlzeit

**Thema: Umweltpolitik in Deutschland**

**Vorschlag 1**

*Text:*

*Vereinigung für ökologische Wirtschaftsforschung (Hrsg.), Heidelberger Erklärung zur Umsetzung und Weiterentwicklung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, Heidelberg, im Mai 2003*

**Aufgabenstellung:**

1. Erkläre die Problematik, die Coase untersucht hat, und erläutere seine Verhandlungslösungen. (24 Punkte)
2. Analysiere die vorliegende „Heidelberger Erklärung“ zur Nachhaltigkeitsstrategie vor dem Hintergrund Deiner Kenntnisse zur Umweltökonomie bzw. zur Umweltpolitik. (49 Punkte)
3. Erörtere die Chancen und Risiken von Wirtschaftswachstum und führe aus, ob wir Deines Erachtens nach die Zielsetzung Wirtschaftswachstum aufgeben bzw. modifizieren müssen. (27 Punkte)

**Vorschlag 2**

*Text:*

*Jürgen Trittin, Rede zur Eröffnung der BMU/BDI-Konferenz „Nachhaltiges Wirtschaften als unternehmerische Herausforderung“, Berlin, 15. Mai 2002*

**Aufgabenstellung:**

1. Erkläre die Problematik externer Effekt und erläutere Möglichkeiten und Grenzen der Internalisierung externer Kosten. (24 Punkte)
2. Analysiere die Rede des (damaligen) Umweltministers Jürgen Trittin vor dem Hintergrund Deiner Kenntnisse zur Nachhaltigkeit. (49 Punkte)
3. Beurteile die folgende (fiktive) Regelung:  
*Jede/r Halter/in eines KFZ erhält für ein Jahr Lizenzen zur Verbrennung von 1.000 Litern bleifreiem Benzin bzw. Diesel-Kraftstoff. Die Lizenzen können verkauft werden; sie sind nicht personengebunden.* (27 Punkte)

# **HEIDELBERGER ERKLÄRUNG**

## **zur Umsetzung und Weiterentwicklung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie**

5 Vor einem Jahr hat Deutschland, wie inzwischen die meisten Industrieländer, eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie „Perspektiven für Deutschland“ verabschiedet. ...  
Im aktuellen Regierungshandeln spielt die Strategie jedoch nur eine untergeordnete Rolle. Gerade die Debatte um die Agenda 2010 zeigt, dass im politischen Diskurs Nachhaltigkeitsaspekte weitgehend ausgeklammert werden und andere Interessen  
10 dominieren.

Wir ... fordern die Bundesregierung auf, Nachhaltigkeit wieder auf die politische Agenda zu setzen und die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie auch in der Praxis voranzubringen. (...)

15 Von einer Umsetzung der Strategie ist derzeit noch wenig zu spüren. Diese muss nach dem Muster der EU als Querschnittspolitik in alle Ressorts integriert werden. Die Ressorts müssen in transparenter Form konkrete Zwischenziele und Maßnahmen zu deren Umsetzung formulieren.

20 Wir fordern die Bundesregierung zudem auf, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass auch Wirtschaft und VerbraucherInnen bestärkt werden, im Sinne der Nachhaltigkeit zu handeln. Die Umsetzung einer sozial-ökologischen Finanzreform kann hierzu einen wichtigen Beitrag leisten. Damit das Nachhaltigkeitsthema für eine breite Öffentlichkeit greifbar wird und auch die Ebene des Alltagshandelns erreicht, bedarf es  
25 einer kontinuierlichen Kommunikation anhand anregender Beispiele wie dem vom Rat in die Diskussion gebrachten nachhaltigen Warenkorb. Weiterhin empfehlen wir, ähnlich wie in Österreich, den Umsetzungsprozess wissenschaftlich begleiten und bewerten zu lassen. (...)

30 Die globale Nichtübertragbarkeit des Entwicklungsmodells der reichen Industriestaaten ist ein Schlüsselproblem nachhaltiger Entwicklung. Dies wird in der Nachhaltigkeitsstrategie zwar explizit anerkannt, im Hinblick auf das Wachstumsziel aber nicht kritisch thematisiert. Dieser Mangel sollte zum Anlass genommen werden, über eine neue vorsorgeorientierte Konzeption von Wirtschaften sowie über eine Neubewertung wirtschaftlichen Erfolgs nachzudenken. Dabei müssen auch  
35 umfassendere Ansätze der Bewertung gesellschaftlicher Aktivitäten berücksichtigt werden. Wirtschaftswachstum ist für eine nachhaltige Entwicklung kein eigenständiges Ziel, sondern Folge von Aktivitäten, die auf Ziele wie Lebensqualität gerichtet sind und letztlich nur in dem Maße tragfähig, wie die Erreichung der Gesamtheit der Nachhaltigkeitsziele nicht beeinträchtigt wird.

40 Bisher wird Wirtschaftswachstum in der Nachhaltigkeitsstrategie als unproblematisches wirtschaftspolitisches Ziel präsentiert. Dies ist mit einem auf Vorsorge und Nachhaltigkeit ausgerichteten Konzept des Wirtschaftens nicht mehr vereinbar. Eine moderne Nachhaltigkeitspolitik muss sich dem Problem stellen, dass das Wirtschaftswachstum nicht nur Probleme löst, sondern auch neue schafft.

45 Die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie setzt bisher einseitig auf Innovationen, die im Rahmen einer „Effizienzrevolution“ die Ressourcenproduktivität steigern sollen. Die Zielsetzung, die Produktivität der Umweltnutzung deutlich zu erhöhen, begrüßen wir nachdrücklich. Diesbezüglich zeigt die Strategie richtige Ansätze, etwa beim Klimaschutz. In einer wachsenden Wirtschaft können jedoch Produktivitätsgewinne  
50 durch Wachstumseffekte (über-)kompensiert werden. Wir betonen daher die Bedeutung

absoluter Mengenbegrenzungen für den Umweltverbrauch und entsprechender politischer Zielsetzungen.

55 Darüber hinaus ist ein gesellschaftlicher Diskurs über Suffizienzstrategien notwendig. Neben technischen und organisatorischen Innovationen müssen auch Lebensstil-  
Innovationen Thema einer Nachhaltigkeitsstrategie sein. Seit einigen Jahren deuten wissenschaftliche Studien darauf hin, dass in den Industrieländern Wirtschaftswachstum nicht notwendigerweise zu mehr Lebensqualität führt. Deshalb muss die in der Strategie ausgedrückte Auffassung, das Inlandsprodukt sei ein angemessener Indikator für Lebensqualität, zurückgewiesen werden. Die Entwicklung der Lebensqualität lässt sich  
60 durch alternative Indizes besser abbilden.

(...)

Wir fordern die Bundesregierung und andere für eine nachhaltige Entwicklung bedeutsame Akteure auf, die in der Nachhaltigkeitsstrategie benannten Ziele und Maßnahmen ernst zu nehmen. ... Wir fordern daher, die Strategie entsprechend weiterzuentwickeln und den richtigen Ansätzen entsprechende politische Taten folgen zu lassen. ... Insbesondere ist die  
65 Verantwortung Deutschlands für internationale Gerechtigkeit stärker zu betonen und mit ambitionierteren und langfristigeren Zielsetzungen etwa im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit zu untermauern.

*Vereinigung für ökologische Wirtschaftsforschung (VÖW) u.a. (Hrsg.), Heidelberger Erklärung zur Umsetzung und Weiterentwicklung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, Heidelberg, im Mai 2003*

# Rede zur Eröffnung der BMU<sup>1</sup>/BDI<sup>2</sup>-Konferenz - "Nachhaltiges Wirtschaften als unternehmerische Herausforderung"

5

Bundesumweltminister Jürgen Trittin, 15. Mai 2002, Berlin

Sehr geehrter Herr Dr. Rogowski<sup>3</sup>, sehr geehrte Damen und Herren,  
ich freue mich, Sie heute zur Konferenz "Nachhaltiges Wirtschaften als unternehmerische  
Herausforderung" begrüßen zu können. Gemeinsam mit dem BDI wollen wir mit Ihnen  
darüber diskutieren, was es konkret heißt, ein Unternehmen im Einklang mit  
Nachhaltigkeitsgrundsätzen zu führen...

10

## **Nachhaltiges Wirtschaften: Ziele und Anforderungen**

15

Nachhaltiges Wirtschaften betrifft aber nicht nur die Unternehmensseite, sondern betrifft  
auch die Kunden. Produzenten und Konsumenten müssen sich gleichermaßen an der  
Forderung messen lassen, Bedürfnisse von heute nicht auf Kosten nachfolgender  
Generationen zu befriedigen.

20

Viele Unternehmen ... haben erkannt, dass Umweltschutz und die gezielte Reduzierung des  
Ressourcen- und Energieeinsatzes auch zu beachtlichen Kosteneinsparungen führen kann.  
Daher sind es heute nicht mehr nur Pionierunternehmen, die mit ökoeffizienten Produkten  
und marktgerichteten Umweltstrategien ihre Wettbewerbs- und Ertragsfähigkeit verbessern.  
Auch die hohe Anzahl der Beschäftigten im Umweltschutzsektor illustriert, dass  
Umweltschutz zu einem bedeutenden wirtschaftlichen Faktor in Deutschland geworden ist.  
So waren 1998 mehr als 1,3 Millionen Beschäftigte in diesem Sektor tätig. Bezogen auf die  
1998 insgesamt 37, 5 Mio. Beschäftigten ist dies immerhin ein Anteil von rund 3,6 %. Damit  
waren im Umweltschutz mehr Menschen beschäftigt als beispielsweise im Maschinenbau,  
Fahrzeugbau oder Ernährungsgewerbe.

25

## **Neue Herausforderungen: Ökoeffektivität erhöhen**

30

Trotz all dieser Bemühungen und Trends sind die absoluten Umweltbelastungen, die mit  
unserer Wirtschaftsweise verbunden sind, immer noch viel zu hoch. Zwar konnte die  
Ressourcen- und Energieeffizienz in der Wirtschaft im letzten Jahrzehnt deutlich erhöht  
werden. Nach den aktuellen Zahlen aus den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen des  
Statistischen Bundesamtes konnte ein Wirtschaftswachstum von 15% zwischen 1991 und  
dem Jahr 2000 erzielt werden - ohne dass der Ressourcen- und Energieverbrauch  
insgesamt zunahm. Jedoch wurden die Verbräuche nicht wesentlich reduziert: der  
Gesamtverbrauch an Rohstoffen und Energie ging jeweils absolut nur um ca. 2,0% zurück.  
Bezogen auf die Ressourcenverfügbarkeit und die Tragekapazitäten unserer Ökosysteme  
bedeutet dies: würde unser Lebens- und Konsumstil zum globalen Maßstab, bräuchten wir  
den Planeten Erde noch drei mal zusätzlich. Klimawandel und Flächenverbrauch sind  
weitere Belege für den großen umweltpolitischen Handlungsbedarf.

35

40

Wir müssen daher weitere Fortschritte bei der Reduzierung des Ressourcen-, Energie- und  
Flächenverbrauchs machen. So wie im letzten Jahrhundert die Entwicklung der  
Industriegesellschaft zu einer enormen Erhöhung der Arbeitsproduktivität geführt hat, liegt  
jetzt der Schlüssel für eine zukunftsfähige Wirtschaftsentwicklung in der Steigerung der  
Ressourcen- und Energieproduktivität.

45

[...]

## **Verlässliche Rahmenbedingungen schaffen**

50

Eigenverantwortliches unternehmerisches Handeln findet zunehmend Ausdruck in  
Selbstverpflichtungserklärungen. Diese haben neben dem Ordnungsrecht heute einen festen  
Platz im Instrumentengefüge. Man kann durchaus sagen, dass sie sich in vielen Bereichen

---

<sup>1</sup> BMU = Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

<sup>2</sup> BDI = Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.

<sup>3</sup> Präsident des BDI

55 der Umweltpolitik bewährt haben. Das, was die Industrie im Bereich der CO<sub>2</sub>-Minderung erreicht hat, ist sicherlich vorbildlich für viele andere Staaten. Ich möchte aber auch die negativen Erfahrungen nicht verleugnen. So hat es z. B. schlicht nicht funktioniert, die Sicherung der Mehrwegquote von 72 % bei den Getränkeverpackungen allein Herstellern und Handel zu überlassen.

60 Unternehmerische Eigeninitiative im Umweltschutz kann sich erst dann konstruktiv entfalten, wenn die politischen Rahmenbedingungen entsprechend gesetzt werden. Dazu gehören eine verursachergerechte Anlastung von Kosten, die mit Produktion und Konsum verbunden sind, und klare Ziele und Vorgaben. Ein produktiver Wettbewerb um die intelligentesten Lösungen für eine nachhaltige Entwicklung kann sich nur dann entwickeln, wenn konkrete Umwelt- und Sozialstandards definiert sind, die für alle Marktakteure gleichermaßen gültig  
65 sind.

### **Energiewende und Klimaschutz**

Wir haben daher in den vergangenen vier Jahren konsequent eine Politik verfolgt, die  
70 verlässliche Rahmenbedingungen für Unternehmen schafft. Kernstück unserer Umweltpolitik ist die Energiewende mit dem Ausstieg aus der Risiko-Technologie Atomenergie und dem Einstieg in die massive Nutzung erneuerbarer Energien. [...]

Klar ist: wir können unsere Klimaschutzziele erreichen, wenn wir die beschlossenen Maßnahmen konsequent umsetzen und fortentwickeln. Dazu gehört auch die Fortführung und Weiterentwicklung der Ökosteuer.

75 Die Ökologische Steuerreform war und ist immer wieder Gegenstand von kontroversen Diskussionen. Dass wir diejenigen belasten müssen, die mit Produktion und Konsum Kosten verursachen, die in den Marktpreisen nicht berücksichtigt werden, ist mittlerweile ja kaum noch umstritten. Dass dies richtig und notwendig ist, erkennt mittlerweile im Grundsatz ja auch der Sachverständigenrat der sog. "Wirtschaftsweisen" an.

80 Immer wieder wird aber die Behauptung aufgestellt, dass die Ökosteuer die deutsche Wirtschaft einseitig belasten würde. Dieses Argument kann ich nicht nachvollziehen: durch die Ausnahmetatbestände für Unternehmen des Produzierenden Gewerbes und die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge werden in der Summe die Steuerbelastungen ja sogar

85 überkompensiert. Ich möchte dazu den 18. Subventionsbericht der Bundesregierung heranziehen, demzufolge die Ausnahmetatbestände für das Produzierende Gewerbe zu Steuerausfällen in Höhe von 3,9 Mrd. führen! Sie sehen, es ist kein Zufall, dass sich auch Herr Monti<sup>4</sup> in Brüssel sehr eingehend mit der deutschen Ökosteuer beschäftigt hat.

### **Ökologische Finanzreform**

Wir haben mit der Ökologischen Steuerreform und mit der LKW-Maut erstmals Natur und Umwelt in das Steuersystem einbezogen. Diese muss aber langfristig in eine grundlegende ökologische Finanzreform eingebettet werden, die weitergehende finanzielle Anreize für  
90 umweltfreundliches Produzieren und Konsumieren schafft. Dabei geht es auch darum, ökologisch kontraproduktive Subventionen abzubauen, von denen es eine Fülle im deutschen Steuer- und Finanzsystem gibt, vor allem im Bereich Steinkohle und Landwirtschaft. [...]

---

<sup>4</sup> damaliger EU-Wettbewerbskommissar